

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 8, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung beim Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 224.



Amtliches
Publikations-Organ
für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseit. Anzeigen. Schmeißer und tabellarischer Satz mit Ausschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher eingelesen.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle

Nr. 1.

Sonnabend, den 3. Januar 1931.

34. Jahrg.

Hindenburgs Dank an die Wehrmacht.

Ein Neujahrserlaß des Reichspräsidenten.

An die Wehrmacht!

Am 1. Januar 1931 befehlt die Reichswehr ein Jahrzeit lang in der Form, die ihr der Vertrag von Versailles bestimmte. In Zeiten tiefer vaterländischer Not wurde sie unter meinem Amtsvorgänger geschaffen. Trotz aller ihr auferlegten Fesseln hat sich die Wehrmacht als Hort des äußeren und inneren Friedens, als erste Säule des Reiches und als feste Stütze des Staates erwiesen. Das ihr zu treuen Sünden übergebene Erbe der alten Armee und Marine hat sie gut verwaltet.

Ich danke der Wehrmacht für die Arbeit dieses Jahres und erblicke ihre meine herzlichsten Wünsche zum neuen Jahr. Möge sie weiterhin ihre Ehre darinsetzen, in Gehorsam und treuer Pflichterfüllung dem Vaterland zu dienen.

Berlin, den 31. Dezember 1930.

Der Reichspräsident
gez. von Hindenburg.
Der Reichswehrminister
gez. Gröner.

Neujahr beim Reichspräsidenten.

Reichskanzler an Hindenburg.

Der Reichskanzler, der sich zurzeit in Hindenburg aufhält, hat an den Reichspräsidenten zum Jahreswechsel folgendes Telegramm gerichtet:

„Zum Jahreswechsel darf ich Sie, hochgeachteter Herr Reichspräsident, bitten, meine ehrerbietigen Glück- und Segenswünsche entgegenzunehmen. Ich weiß mich mit dem deutschen Volke, das Ihnen am Neujahrstage mit mir in Verehrung steht. Möge es Ihnen vergönnt sein, auch im neuen Jahre als das Vorbild treuer Pflichterfüllung dem deutschen Volk in schwerer Zeit auf dem Wege zur Einheit und zum Aufstieg voranzuführen.“

Dr. Brüning, Reichskanzler.

Bürgermeister Scholz und Stadtverordnetenvorsteher Haag haben im Namen beider städtischen Körperschaften dem Reichspräsidenten das nachfolgende Telegramm gesandt: Dem Herrn Reichspräsidenten sprechen wir namens des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zum Jahreswechsel herzlichste Glückwünsche aus.

Die Empfänge.

Anlässlich des Neujahrstages haben bei dem Reichspräsidenten die üblichen Empfänge statt. Um 10.45 Uhr zog die Wache mit Musik zum Hause des Reichspräsidenten, an dessen Portal der Reichspräsident die Wache entgegennahm. Um 11.30 Uhr begann dann die Ansprache des diplomatischen Korps. Die Chefs der beim Reich beurlaubten fremden diplomatischen Vertretungen versammelten sich in dem großen Saal des Reichspräsidentenpalastes. Um 12 Uhr trat der Reichspräsident mit seiner Begleitung ein und begab sich in die Mitte des Saales. Der Apostolische

Nuntius Monsignor Crispino

brachte als Dohren des diplomatischen Korps dessen Glückwünsche in einer Ansprache zum Ausdruck. Im wesentlichen sagte er:

„Mit ganz besonderer Genugtuung darf ich zum ersten Male die ehrenvolle Aufgabe erfüllen, Ihnen, Herr Reichspräsident, die Neujahrswünsche des beim Deutschen Reich beurlaubten diplomatischen Korps auszusprechen. Es ist mir ein besonderes Vergnügen, in meiner Eigenschaft als Dohren des diplomatischen Korps ein treuer Dolmetsch zu sein aller edlen Wünsche der Wohlfahrt und des Gedeihens, die meine erlauchten Kollegen heute für Ihre Person und für die deutsche Nation hegen. Die Wertschätzung dieses neuen Jahres ist leider nicht ohne Trübnis. Der Horizont des internationalen Lebens bleibt noch immer düster; Millionen von kräftigen und arbeitswilligen Armeen sind gezwungen, untätig und unfruchtbar zu bleiben und mit beachtlichen Kosten der Unterhaltung und der Ernährung und der Großzügigkeit der Vorkriegszeiten, mit denen Deutschland, um Gure Ergüssen gedacht, sich in diesen schweren Augenblicken bemüht, die wirtschaftliche Krise, die das Land bedrängt, zu überwinden. Ohne die volle und zuverlässige Unterstützung der Nationen ist es nicht möglich, eine wirkliche wirtschaftliche Wiederbelebung der Völker herbeizuführen. Möge es Gott gefallen, daß diese ich erwiderten und schon oft in Aussicht gestellten wohlwollenden Strömungen im Laufe dieses Jahres zur Laube werden zum Geben des Deutschlands und zur Wohlfahrt der ganzen Menschheit.“

Hindenburgs Antwort.

Der Reichspräsident antwortete hierauf mit folgenden Worten:
Der Reichspräsident antwortete hierauf mit folgenden Worten: „Der Reichspräsident antwortete hierauf mit folgenden Worten: Es ist für mich eine besondere Freude, von Ihnen zum erstenmal in Ihrer Eigenschaft als Dohren die Wünsche des diplomatischen Korps für die Wohlfahrt und das Gedeihen des deutschen Volkes entgegenzunehmen zu können. Für diese in so herzlicher Form dargebrachten Wünsche und auch für die meiner Person gemachten freundlichen Worte sage ich Ihnen aufrichtigen Dank.“

„Sie haben auf die schwere wirtschaftliche Krise hingewiesen, unter der heute fast alle großen Völker, in tiefenplündernden Worten haben Sie vor allem der Arbeitslosigkeit geklagt, die beste wirtschaftliche Strafe fast aller Staaten zu ungewollter Unfruchtbarkeit verurteilt und biliere Not für Millionen unserer Mitmenschen im Gefolge hat. Wie besonders wichtig seien die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise das deutsche Volk. Wie Sie, Herr Nuntius, hervorheben, hat Deutschland seine äußerste Kraft eingesetzt, um die Grundlagen seiner Wirtschaft zu sichern. Aber unsere Hoffnung auf eine dauernde wirksame Besserung der Lage ist auch von Umständen abhängig, über die wir nicht allein Herr sind. Mit steigender Spannung erwartet das deutsche Volk, daß die

internationale Zusammenarbeit

sich im kommenden Jahre als wirksam genug erweist, um das deutsche Volk vor weiteren schwerwiegenden Enttäuschungen zu bewahren. Der Ausbruch der starken Interessengegenstände, die allenfalls das politische, wirtschaftliche und soziale Schicksal der Völker bedrohen, kann nicht von den einzelnen Ländern, kann nicht in Vereinigung vollzogen werden. Zusammenarbeit aller, Zusammenarbeit aller politischen Kräfte zur Überwindung der Krise, zur Beilegung der Hindernisse für den gemeinsamen Fortschritt, ist die große Friedensaufgabe.“

„An der Deutschland mitwirkenden Entschlossenheit ist. Wenn wir uns im neuen Jahre die Weg hierzu bahnen, dann wird das Jahr ein fruchtbares und gelungenes gewesen sein. Dieser Hoffnung, in der ich mich mit Ihnen allen und Ihren Vätern eins zu wissen gedenke, möchte ich am heiligen Tage Ausdruck geben. Ihnen aber, Herr Nuntius, sowie Ihnen, meine Herren, zugleich für Ihre Staatsoberhäupter, Regierungen und Völker spreche ich im Namen des deutschen Volkes und in meinem eigenen Namen meine aufrichtigen und herzlichsten Neujahrswünsche aus.“

Nach dem Austausch der Ansprachen begrüßte der Reichspräsident die einzelnen Vorkämpfer, Gesandten und Geschäftsträger und wechselte mit ihnen Neujahrswünsche. An dem Empfang nahmen der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Brüning, Staatssekretär Dr. Luther und die übrigen Herren der Umgebung des Reichspräsidenten sowie der Chef des Protokolls, Graf von Zietzenbach, teil.

Der Empfang der Reichsregierung.

Um 12.30 Uhr fand der Empfang der Reichsregierung ebenfalls im großen Saal des Reichspräsidentenpalastes statt. In Vertretung des beurlaubten Reichskanzlers begrüßte namens der erschienenen Reichsminister und Staatssekretäre des Reiches Reichswehrminister Dr. v. H. Dr.-Ing. Gröner der Reichspräsident mit einer Ansprache. Er übermittelte die ehrerbietigen und herzlichsten Glückwünsche der Reichsregierung und sagte weiter, mit der Regierung vereine sich das gesamte deutsche Volk in dem Wunsche, daß dem Reichspräsidenten auch in diesem Jahre Gesundheit und Wohlergehen beschieden sein möge. Gröner fuhr fort: Das vergangene Jahr brachte uns die schicksalsschwere Wendung der Haager Verhandlungen mit den Abmachungen über den Versailler Vertrag. Wir mußten uns trotz schwerer Bedenken zur Annahme dieser Regelung entschließen, weil sie eine erhebliche Erleichterung unserer Zahlungen mit sich brachte, weil sie die ausländischen Kontrollen über Deutschland beseitigte, und endlich, weil sie zur Besserung des Weltstandes führte.

„Seither hat sich jedoch in der gesamten Weltwirtschaftslage eine so tiefgehende Wandlung vollzogen, daß die Reichsregierung nun die ersten Schritte zu tun hat, um den deutschen Volk in dem neuen Jahr entgegen zu treten. Die Reichsregierung ist sich ihrer Pflicht bewußt, dafür zu sorgen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden.“

Die berechtigten Sorgen und Besorgnissen der deutschen Vorkämpfer haben in unserer Öffentlichkeit einen starken Widerhall gefunden. Die Reichsregierung teilt und würdigt diese Empfindungen und wird in der Sorge für das deutsche Volkum keinesfalls unserer Grenzen eine ihrer wichtigsten Aufgaben sehen.

Schwer empfindet es das deutsche Volk, daß der Grundsatze der Gleichberechtigung, auf die unser Volk einen selbstverständlichen Anspruch hat, noch nicht verwirklicht ist. Doch immer ist die letzte Hoffnung der Reichsregierung auf Verwirklichung durch die anderen Mächte nicht in die Wirklichkeit umgesetzt, und noch immer muß Deutschland in seiner Sicherheit bedroht bleiben.

„Auch hier wird es Aufgabe der Reichsregierung sein, die ich gerade in meiner Eigenschaft als Reichswehrminister zu unterstreichen die Pflicht habe, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß der Grundsatze gleicher Sicherheit für alle Völker, ohne den eine wahre Weltfriede unmöglich ist, sich durchsetzt. Dann werden sich die Reichsregierung über die innere Lage und zum zum Schluß, daß trotz aller Leiden, trotz aller Gefahren und trotz aller Sorgen sich der Lebenswille des

deutschen Volkes ungebrochen behauptet. Er gibt uns das Recht, zuversichtlich für eine Zukunft zu werken, in der das Reich in friedlicher Arbeit wieder frei und unabhängig den ihm gebührenden Platz unter den Nationen der Erde einnimmt!“

Reichspräsident von Hindenburg

antwortete mit Dankesworten und einem Hinblick auf die Sorgen des vergangenen Jahres. Er sagte u. a.: Von den Wünschen, mit denen wir hier vor einem Jahr diesen Tag begrüßt haben, hat sich nur der eine erfüllt: Dem beliebigen Gebiet ist die langjährige Freiheit von fremder Besatzung wiederhergestellt worden. Wir begrüßen die Wärmung der Lande am Rhein als einen Fortschritt auf dem Wege zum wahren Frieden und hoffen, daß bald auch das Saargebiet der von der gesamten Bevölkerung dort heimlich genutzten Tag der Wiedererlangung mit dem Vaterland befreit sein wird.

„Ich halte es für die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung, sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden. Mit Ihnen bin ich ferner der Ansicht, daß die Durchführung der

allgemeinen Abrüstung

nicht nur ein Gebot internationaler Gerechtigkeit Deutschlands gegenüber, sondern auch das sicherste Mittel zu einer wirklichen Befriedung der Welt ist und daher mit allen Kräften angestrebt werden muß.“

„Innerpolitisch ist jetzt unsere größte Sorge die Arbeitslosigkeit, die so viele arbeitswillige Hände zur Unfähigkeit bringt. Auf dieser Sorge kommt noch die Not der Landwirte hinzu, besonders im Osten unseres Vaterlandes. Das unrettbar zu werdende Schäden Wiederbeschäftigung zu schaffen und dem deutschen Landwirt seine Existenzmöglichkeit zu erhalten, wird ein Ziel der ersten Aufgabe unserer ersten Aufgabe sein. Ich bin mit Ihnen überzeugt, daß die in den letzten Monaten von uns gemeinsam begangenen finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen eine feste Grundlage geben, auf der wir unsere Kampf gegen die wirtschaftliche Not entschlossen weiterführen wollen.“

„Vor einem Jahre habe ich an dieser Stelle der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Geist der Einheit im deutschen Volk sich festigen und zum Zusammenfluß aller schaffenden Kräfte führen möge. Dieser Wunsch hat sich leider nicht erfüllt. Ich begreife nicht es scheinen, als ob die letzte Sorge um das Einzelgeschick den Gedanken an das Gesamtgeschick Deutschlands und die Zukunft unseres Vaterlandes zurückdrängt und neue Gegenstände geschaffen hat. Verschiedenheit der Anschauungen und der persönlichen Interessen wird und muß sein; aber es ist nicht nötig, daß diese Verschiedenheit zu einem politischen Kampf führt, der das deutsche Volk zerschneidet und dann in der Zeit der Not und Gefahren zu einem einheitlichen Willen unfähig macht. Im Weltfrieden ist bei unserer Betrachtung das Gesamtgeschick und das Trennende gar nicht von solcher Bedeutung, daß es ein

Zusammengehen in den Lebensstragen

unseres Vaterlandes,

in den Dingen, die uns alle gemeinsamem Schicksal bestimmen, verbinden sollte. Wir müssen uns nur mehr auf uns selbst beziehen, wir müssen endlich aus dem Zirkel der Gefühle und dem Widerstreit der eigenen Interessen den Ausweg finden. Aus dem eigenmächtigen Streben um politische Programme und um selbstliche Vorteile müssen wir uns empören, zu gemeinsamer praktischer Arbeit für das Gesamtvolk.“

„Zum Schluß wies der Reichspräsident nochmals auf die notwendige Einheit als alleinige Grundlage für Wiedererlangung unseres Volkes hin und begründete darauf die einzelnen Punkte.“

Weitere Empfänge.

Um 12.50 Uhr empfing der Reichspräsident den Reichslagspräsidenten v. B. Er begrüßte den Reichslagspräsidenten, für die Wehrmacht Reichswehrminister Gröner, General der Infanterie v. Sasse für den beurlaubten Chef der Heeresleitung sowie der Chef der Marineleitung, Admiral v. S. Ferner überbrachten Glückwünsche für die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft u. a. Generaldirektor Doppenmüller und für das Reichsbankeinrichtung Reichsbankpräsident Dr. Luthner.

Vor dem Wais des Reichspräsidenten hatte sich eine größere Menschenmenge angeammelt. Der Reichspräsident wurde von der Menge mit kräftigen Hochrufen begrüßt.

Beim Jahreswechsel hat der Reichspräsident mit den Königen von Belgien, Dänemark, Norwegen, Rumänien und Schweden sowie mit dem Reichsvorsteher von Vordh und dem Bundespräsidenten Millaß telegraphische Glückwünsche ausgetauscht.

Hoffnungen für 1931.

Wünsche zum Beginn.

Zum 1. Januar 1931 haben sowohl allgemeine wie politische Vereinigungen wie auch Einzelpersonen ihre Wünsche und Wünsche für das kommende Jahr öffentlich bekanntgegeben. Es kommt darin das volle Bewußtsein für die überaus schwierige Lage, in der sich das wirtschaftliche und politische Leben des Reiches befindet, zum Ausdruck, ohne daß insofern hoffnungsloser Pessimismus die Oberhand gewinnt. Durchweg wird die Treue zum deut-

ischen Vaterland uneingeschränkt ausgeprochen und der Wille, an seinem Wiederaufbau mitzuarbeiten.

Aus der Fülle der Darlegungen geben wir eine Reihe der bedeutendsten wieder, ohne daß dabei wieder Vollständigkeit zum Ergründung des Themas bewahrt sein soll. Besonders sieht man, daß auch in dieser schweren Zeit das Interesse an dem Ergehen der Gesamtheit nicht erlöschen ist und die Erwartungen auf eine künftigen Aufrüstung der Gemeinschaft deutschen Blutes nicht aufgegeben werden dürfen.

Kanzler Brüninges Neujahrsgedanken.

Der Reichskanzler Dr. Brüning überbringt die Hoffentlichkeit eines „Neujahrsgedanken 1931“ überdies den Hoffnungen. Das Jahr 1930, sagt er darin, war ein schweres Jahr, Depression und Krisis der Finanzen nahen das Mitgefühl in unserem Volke. Es wurden Bewegungen groß, die über dieses Mitgefühl hinaus die neuzeitliche Ordnung neuerer politischen Verhältnisse als des Rufes des Staates und der Nation Schuldige anlagten und sich anheißig machten, Volk, Staat und Kultur aus ihren Grundlagen, ihrem Blute und ihrer Kraft zu entfernen. Von diesen fanden die unpopulärsten Ereignisse Hindernisse für den allgemeinen politischen Umsturz in der Welt sowie in der Abmilderung der Mächte, in den Fragen der Weltwirtschaft, der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft. Die Weltwirtschaftliche Krise im Jahre 1929 ist eine schmerzliche, die die Völker bedrückende, Gemüter verunsichernde, die Kultur der Menschheit fördernde Vorfälle zu aktivieren. Dennoch aber hat sich im abgelaufenen Jahre so viel politisches Verhängnis über uns und darüber hinweggetragen, daß wir den Frieden wieder — trotz der fortwährenden Depression — eine feste Grundlage geben konnten.

Wenn ich an der Schwelle zum neuen Jahre mit allen und mit jedem etwas ganz Tiefes und Großes wünschen darf, dann ist es dieses: daß unser Volk in seiner Gesamtheit, also in allen Schichten, Berufen und Ständen und Lebensarten, zu neuen in der Fähigkeit und der Geschicklichkeit, seine großen Aufgaben und unerfüllten Kräfte richtig zu behandeln und einzusetzen. Besonders im Politischen würde es sich zeigen, daß alle politischen Kräfte aufstehen, daß aber alles Aufstehen nicht darin besteht, daß alles zugleich getan wird, sondern daß ein Stein für den anderen fällt.

Nehmen wir maßhalten nicht nur im Politischen selbst, sondern auch in den Beziehungen zu den Völkern. Die Aufgaben, die diese uns stellt, sind nicht neu; wir haben sie ja auch nur einen Augenblick — gleichsam wie Augenblicke — im Frühling des neuen Jahres betrachtet. Wir begrüßen dieses Jahr als Mannesjahr, in dem wir uns wieder wenden und wenden müssen wieder dem unvollendeten Werke zu.

Der Kampf des Landvolkes.

Die Landvolkskredite des Reichstages sind ein Ausnahmefall, der die Not der Landwirtschaft jetzt am Jahresende ist — vor allem die Not, die in den letzten Jahren die Landwirtschaft bewahrt, nämlich in den völligen Zusammenbruch der Preise auf dem Weltmarkt hinuntergeraten und völlig vernichtet zu werden. An den Wahlen vom 14. September 1930 erweist sich, daß die revolutionäre Stimmung im Lande schon bis zu einem schmerzlichen Maßstab gekommen war. Wir erfüllen heute darin einen elementaren Vorzug, der nichts mit Parteibedenken zu tun hat, sondern ein allgemeines Ziel in der Volkswirtschaft, die zu dem von uns erstrebten Ziele hingeleitet werden müssen. Ein Wort gewinnt wieder Bedeutung, das ebenfalls eine Epoche verzweifelten nationalen Widerstandes einleitete: Erh. Brot, dann Reparationen!

Dr. Curtius an die Grenzmark.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat an die Provinz Grenzmark Vollen-Vollpreußen einen Neujahrsglückwunsch geschrieben, in dem es heißt: „Meine künftigen Reden sind gepreugt und geschliffen entstanden dem Gedanken, nicht nur die Anschaung ein lebendiges Bild von der Lage der Dinge an Ort und Stelle zu gewinnen. Meine schwierige Aufgabe in Genf wird mit durch die wertvollen Einreden und Informationen, die ich von den bedrängten Sachkundigen in reichem Maße erhalten habe, wesentlich erleichtert. Da hoffe ich, daß das neue Jahr der Grenzmark Vollen-Vollpreußen sowie dem deutschen Volk ein Jahr der Fortschritt und des Wohlstandes sein werden und Sorgen Erleichterung und Besserung bringen.“

Hilfsbereitschaft.

Oberpräsident Dr. e. h. von Winter hat eine Kundgebung herausgegeben, die er so heißt: „Von Freude erfüllt, wirtschaftlich das schwache Glied in der Reihe preussischer Provinzen und deutscher Länder, so steht die Grenzmark Vollen-Vollpreußen heute an der Spitze aller deutschen Länder. Das neue Jahr tritt als ersten Schritt den Weg des Aufstiegs zu uns. Willkommen ihm! Wir sehen in dem Wunsch ein hartes Zeichen reiner Hilfsbereitschaft der Reichsregierung. Wappnen wir uns für das Jahr 1931 mit Geduld und mit jedem Wort und unerschütterlichem Willen, mit festem Trost und noch viel härterer Formung!“

Neujahrswünsche.

Wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen. — Die vornehmste Aufgabe. — Großes Gedächtnis.

... der Alltag hat uns wieder“ darf man jetzt mit einer leichten Abänderung des „Faul“-Wortes sagen, nachdem die letzten Tage des vergangenen Jahres einen gewissen Aufschwung genossen haben. Aber auch diese Zeit brachte vielen doch wieder neue Sorgen. Man kann vielleicht ein paar Tage hindurch sich innerlich absperrn gegen das, was von draußen her auf uns einströmt, aber so etwas gelingt nur eine kurze Zeit hindurch. Denn der letzte Tag des vergangenen Jahres brachte doch vor allem den Aufschwung zu schwerwiegenden wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen in Sachen werden in Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag eintreten müssen; hat sich doch gerade in der Tarifindustrie die Wirtschaftskrise besonders tief nach der Richtung hin ausgewirkt, die Gefährdungen einer überaus scharfen Nationalisierung zu unterziehen. Dringender noch ist die Unterstützung der Lage im Bergbau. Bisher ist noch niemals die Arbeitslosigkeit in der Kohlenbergbauindustrie so hoch wie heute. Diesmal ist das Geschehen, — aber das legt auch dem Schlichter und der Gegenpartei die soziale Pflicht auf, dieses Entgegenkommen auch zu werten als eine Einsicht in unabänderbare wirtschaftliche Notwendigkeiten und ebenfalls für bei den Verhandlungen über den Lohn als natürlich sehr wesentlichen Teil der Gefährdungen, grundsätzlich als eine wirtschaftlich unbedingt notwendige zu betrachten. Eine Verständigung der jetzt noch bestehenden Differenzen durch Streit oder Aussperrung vermögen wir

zurzeit in Deutschland einfach nicht zu erragen. In England haben sich auch heute noch nicht die Bänder ganz geschlossen, die der Wirtschaft dieses Landes durch den großen Bergarbeiterstreik des Jahres 1926 geschlossen worden sind. Trotzdem ist es doch auch jetzt wieder zu einem Kampf gekommen, hat die Arbeiterregierung MacDonalds trotz außerordentlich eifriger Bemühungen den Ausbruch eines Streites im Südwaleser Kohlenrevier nicht verhindern können. Auch in England spielen sich die sozialen Gegensätze zu, und es ist dem jetzt bevorstehenden Jahr, dem Führer der englischen chemischen Industrie, zwar gelungen, Arbeitergouverneur und Arbeiterführer an einen gemeinsamen Verhandlungstisch heranzubringen, aber nicht zu einer Vertagung der Streitfragen in der Lohnhöhe und der Arbeitszeit beim Bergbau. Vielleicht gibt für den Ausgang der Auseinandersetzungen im Ruhrbergbau der Scheidsspruch eine Änderung, der jedoch im tatsächlichen Ruhrbergbau erfolgt ist. Die Schlichtungskammer hat einen Lohnabbau von sechs Prozent beschlossen. Das wären 50 Prozent besser, als heute noch die Verhältnisse der politischen Verhältnisse. Man wird hoffentlich oder vielmehr man muß sich einigen können, nicht bloß im Hinblick auf die schwere Wirtschaftskrise, sondern vor allem auf das soziale Schicksal von dreihunderttausend deutschen Menschen und weiteren Hunderttausenden ihrer Angehörigen.

„Auch ich halte es für die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung, sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß die sittlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden.“ — diesen Satz in der Ansprache beim Neujahrsempfang des Reichsministeriums sollte man in der kommenden Zeit ganz besonders beachten. Der Reichspräsident hat es in seinem Wort in letzter Bedeutung, daß ein Zusammengehen in den Lebensfragen unseres Vaterlandes, in den Dingen, die unser aller gemeinsames Schicksal bestimmen, gebietet ist.“ Sichtlich ist es doch die Hauptfrage, für die Massen des deutschen Volkes vor allem eine irgendwie geartete Lebensgrundlage zu erhalten, bzw. zu schaffen; ist es wichtiger, dafür zu sorgen, daß wir leben, als es wie wir politisch unser Leben gestalten. Und darum möchte man nicht bloß als Zeußer, auch wünschen, daß der leitende Gedanke der Ansprache des päpstlichen Nuntius nicht bloß ein Wort bleibe, sondern endlich zur Tat werde, „ohne die volle und aufrichtige Eintracht der Nation ist es nicht möglich, eine wirkliche wirtschaftliche Wiedergeburt der Völker herbeizuführen.“

Die Probe aufs Exempel wird in bald gemacht werden. Beginnen damit die Staatsmänner bereits, ihre Stoffe zu packen, um in Genf zur Tagung des Völkerbundes zu erscheinen. Dr. Curtius, der deutsche Außenminister, wird diesmal mit besonders großem Gehalt reisen, denn in seinem Koffer bringt er die deutschen Noten über die Verpflogungen und Wiffenheiten mit sich, die unsere Völkerverständnis in Vollen verfahren hat. Es ist als ein günstiges Verzeichen zu betrachten, daß der von Dr. Curtius hinführende Wunsch, diesmal nicht das ihm zuzehende Präsidium bei der Tagung übernehmen zu müssen, von England erfüllt worden ist und ein Tauch in Vollen zustande kam. Der deutsche Delegierte weiß, daß er in seinem Koffer neben den Verhandlungen auch die Forderung des ganzen deutschen Volkes nach Genf mitführt, daß der Völkerbund endlich einmal eingeleitet wird, um auch den deutschen Minderheiten jenseits der Reichsgrenzen das Recht zum Leben und zum vollberechtigten Dasein zu verschaffen. Dr. Curtius weiß aber auch, daß unser Gebot sich nicht länger verlassen lassen will. Hinter ihm steht eine über alle Parteigrenzen hinweg gehende geschlossene Willensmeinung eines Volkes von 65 Millionen. Als wir vor fünf Jahren den Völkerbund bei nationaler Minderheiten zu ihrem Recht zu verfahren. Bisher ist diese Pflicht auf unüberwindliche Widerstände gestoßen. Jetzt muß es sich zeigen, ob der Völkerbund noch ein Recht darauf hat, sich auf sein Statut zu berufen, in dem dieses Daseinsrecht der Minderheiten mit an erster Stelle steht.

Sicherheit für Deutschland!

Reichswehr und Abrüstung.

In einer Rundfunkansprache gedachte am Neujahrstag der Reichswehrminister Gröner der zehnjährigen Bestehens der Reichswehr in der im Versailler Vertrag diktierten Form. Der Minister zeichnete in großen Zügen die Entwicklung der jungen deutschen Wehrmacht. Es wurde sich herausstellen müssen, ob die ehemaligen Kriegsgegner die Abrüstungsverpflichtung im Versailler Vertrag auch für sich einhalten wollten oder nicht. Deutschland werde mit allem Nachdruck die Forderung auf gleiches Maß und gleiche Sicherheit erheben. Dies gelte auch in der Rüstungsfrage. Es gebe kein Land, das der Sicherheit mehr bedürfe als Deutschland mit den beiden offenen Grenzen und der entmilitarisierten Zone. Über die letztere Gewissheit, der Reichswehr sagte Gröner t. a. e. Gehe es einen deutlicheren Beweis für die Notwendigkeit der Überparteilichkeit der Reichswehr als die Entwicklung der letzten Tage. Gerade angesichts der ungeheuren Zersplitterung im Volk müsse die Reichswehr ein staatsbewusstes Instrument des Ganzen sein. Die Reichswehr sei zu einem berufsständischen Instrument der staatsbürgerlichen Erziehung der Soldaten und seine Eingliederung in das Volksganze. Niemand in Deutschland wolle einen Krieg. Es gebe aber nur zwei Möglichkeiten, entweder Verzicht auf die Wehrhaftigkeit und den Verteidigungswillen und damit die Überantwortung des politischen Schicksals an den guten Willen der anderen Nationen oder aber das Herausheben aller gegebenen Möglichkeiten zur Selbstverteidigung des Staates.

Die bevorstehende Völkerbundtagung

Curtius verzichtet auf den Vorsitz.

Der englische Staatssekretär des Ausen, Henderson, hat den Wunsch des deutschen Außenministers Curtius erfüllt, an seiner Stelle den Vorsitz in der Januartagung des Völkerbundes zu übernehmen, wogegen der deutsche Außenminister in der Mitteilung an Stelle des englischen Präsidiums soll. Der Vorsitz steht diesmal eigentlich dem deutschen Außenminister zu. Da er aber diesmal aufgeben in besonderer Mission nach Genf geht wegen der Vertretung der deutschen Anlagen und Beschwerden gegen die Gewalttaten der polnischen Regierung in bezug auf die deutsche Minderheit, hat die Reichsregierung es für wichtiger gehalten, wenn Curtius in Vertretung der deutschen Interessen nicht durch das Amt des Vorsitzenden gehindert wird.

In Genf unterrichten Kreise verlautet, daß die polnische Regierung auf der Januartagung des Völkerbundes die französische Unterstützung zunächst in dem Sinne suchen werde, daß durch Anzweiflung der Zuverlässigkeit des in den drei deutschen Vorkandidaten in der Wahlung an Stelle des englischen eine sofortige Entscheidung unmöglich gemacht wird. Man erwartet, daß in den Genf Verhandlungen vor der tatsächlichen Behandlung der deutschen Beschwerden von politischer Seite die Frage aufgeworfen wird, ob und wie eine Nachprüfung des deutschen Anlagematerials erfolgen würde. Dem Völkerbund steht formgemäß die Möglichkeit offen, aus seiner Mitte einen Untersuchungskommission zur Feststellung der Tatsachen zu bilden. Einer Verhinderung der endgültigen Entscheidung in dem offenkundigen Vollen angeordnet. Diese müßte dagegen von deutscher Seite mit allen Mitteln entgegen gearbeitet werden.

Die Revisionsmöglichkeiten.

Zahlreiche Verhandlungen auch aus der nicht-deutschen Welt haben betont, die Genf Tagung dürfe diesmal nicht vorbegehen ohne die Prüfung, ob nicht die internationale Lage dem Frieden gefährlich werden kann und ob es deshalb nicht notwendig sein wird, einige Bestimmungen des Versailler Vertrages zu revidieren, zumal es heute schon offenbar ist, daß sie sich nicht länger erfüllen lassen ohne dauernden Schaden für Wirtschaft und Völker.

In einem Teil der französischen Presse bricht sich die gleiche Ansicht Bahn. So sagt die „Republique“: „Ob es sich um Abrüstung oder um Auslegung der Verträge handelt: die wichtigsten Probleme dieser Zeit können nicht ohne den Geist von 1924, ohne den Geist von Locarno, gelöst werden, den die französischen Republikaner gegen die Reaktion durchgesetzt haben und für den sie weiterkämpfen werden.“ Und es an Vollen weist im „Avenir“ darauf hin, es sei falsch, daß eine Nation ihre volle Sicherheit nur in militärischen Rüstungen finden könne. Wenn dieser Grundgedanke richtig sei, dann müßte er für alle Nationen gelten, für Deutschland ebenso wie für Frankreich, für Ungarn ebenso wie für die Staaten der kleinen Entente.

Amerikanische Stimmen für Revision.

Deutschland leidet am schwersten.

Der Wanker James Speyer veröffentlicht einen Artikel über das Reparationsproblem und die Frage der Kriegsschulden. Speyer weist darauf hin, daß Deutschland in Folge der schweren ihm auferlegten Lasten gezwungen ist, seine Zukunft ständig zu steigern, und daß von dieser Konkurrenz kein Land mehr als Amerika betroffen würde. Allgemein leide die Weltwirtschaft heute mehr unter den Folgen des Friedens als unter den Folgen des Krieges. Allerdings sei es zunächst Aufgabe der europäischen Nationen, sich untereinander zu einigen. In der Frage der Kriegsschulden betont Speyer, daß die Rückzahlungen den Handel stören, da die Kaufkraft des Geldes stark gestiegen ist. Amerika könne es sich im Interesse seiner Bevölkerung nicht leisten, alle Schulden zu freieren. Man könne aber die Anregung Owen Youngs weiterverfolgen und den Schuldner gegenüber ein größeres Entgegenkommen zeigen. Dies lege jedoch voraus, daß jede Schuldnerstaaten auch ihren eigenen Schuldner gegenüber Nachsicht zeige, wenn Amerika beispielsweise einen fünfjährigen Aufschub gewähren würde.

Mussolini an Amerika.

Eine Auslandsansprache.

Der italienische Staatschef am Neujahrstag eine Ansprache an die Amerikaner, wobei er sich des Rindfimits bediente.

Mussolini sprach zunächst von der großen Bedeutung der Vereinigten Staaten. Der Weltkrieg wäre nicht ihr gewaltiges Gewicht in die Waagschale geworden, und ohne ihre Mitarbeit hätte heute die Welt aus der Kriegstrübseligkeit nicht heraus. Mussolini wandte sich dann gegen die grundlosen Gerüchte, die im Reichsrum eine Gefahr für den Frieden seien wollen. Weder er noch seine Regierung noch das italienische Volk dächten an Krieg. Italien werde niemals die Initiative zum Krieg ergreifen.

Die Beziehungen Italiens zu Sowjetrußland seien wirtschaftlicher Art. Innenpolitisch blieben Faschismus und Bolschewismus Antipoden. Mussolini behandelte zum Schluß den Vertrag von Rapallo und die Arbeitslosigkeit, die auch in Italien mit einer halben Million Arbeitsloser Befragten erzeuge. Mussolini schloß mit einer abermaligen Versicherung des erstlichen Friedenswunsches und mit der Zusage, daß der Welt der Friede erhalten bleibe und in naher Zukunft eine neue Ära des Wohlstandes anbrechen möge.

Haubitzbesatz an junges Mädchen.

Bitterfeld. Auf dem National in Bitterfeld wurde ein Haubitzbesatz verübt. Ein junges Mädchen aus dem Halberstadt hatte von der Bank Geld geholt und auf der Höhe für 161 Mark Verfassungsmärkte gekauft. Kurz vor ihrem Hause sprang aus einem hinter ihr verlaufenden Kanal und plötzten ein Mann heraus, entriß ihr die Tasche mit 320 Mark und den Verfassungsmärkten und entkam in der Richtung nach der Dübener Heide.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Übernahme von Reichsfinanzämtern.

Von zünftiger Stelle wird die Übernahme von 64 Millionen Reichsbahnvorsatzämtern durch die Allianz und Stuttgarter Lebensversicherung auf Grund einer Vereinbarung mit dem Reichsfinanzministerium bestätigt. Der Betrag wird bis zum 15. Februar gesahlt sein. Es handelt sich hierbei um einen Teil der Summe in Höhe von 300 Millionen Mark auf der Einnahmeseite des außerordentlichen Haushalts.

Aufhebung des Demonstrationenverbots in Oberhessen.

Mit Rücksicht auf die von der oberhessischen Bevölkerung erwiesene musterhafte Disziplin, die nicht genug anerkannt werden kann, ergeht nach amtlicher Mitteilung die Aufhebung des von dem Regierungspräsidenten am 1. Dezember 1930 erlassenen Versammlungsverbotes nicht erforderlich. Das Verbot ist daher mit Wirkung vom 2. Januar 1931 aufgehoben.

Für den Preisabbau.

Der Zentralrat des Verbandes der deutschen Gewerkschaften hat nach einem Vortrag des Generalsekretärs des Gewerkschaftsrings eine Entschließung angenommen, in der an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet wird, dringlichst wirksame Maßnahmen für einen spürbaren Preisabbau zu ergreifen. Für den Lebensmittelmarkt seien Preisfestsetzungen fast ganz nicht in Erwägung getreten. Verschiedene Preisfestsetzungen würden ein allgemeiner Lohn- und Gehaltsabbau gegenüber. Das bedeute ein erneutes Absinken des Konjunkturs und eine Winderung der Kaufkraft.

Nicaragua.

Großes Gefecht mit Amerikanern.
Wie aus Managua in Nicaragua gemeldet wird, ist es zu einem großen Gefecht zwischen amerikanischen Marinejohdarten und nikaraguanischen Freiheitskämpfern bei Cocotal am Fluß Coco nahe der Grenze von Honduras gekommen. Acht Marinejohdarten, darunter ein Sergeant, wurden getötet und zwei schwer verletzt. Die Nicaraguaner verloren elf Tote. Der Angriff auf die Marineabteilung kam völlig überraschend, obwohl drei Monate ein Kleinkrieg geführt wurde. Das Gefecht dauerte über zwei Stunden. Man nimmt an, daß General Sandino wieder in Nicaragua eingetroffen ist und Miguel Druze mit der Durchführung des Angriffs betraut hat.

Der Mond mit dem Riesenhof.

Eine seltene Sinneserscheinung am Neujahrstag.
Am Abend des Neujahrstages konnte man vielerorts eine merkwürdige, nur sehr selten vorkommende Sinneserscheinung beobachten, eine Erscheinung, die abergläubischen Leuten zu allerlei geheimnistollen Deutungen und zu allerlei Aberglauben für 1931 Veranlassung gegeben hat. Man sah an dem flachen Nachthimmel den Mond von einem „Hof“ umgeben.

wie man ihn in unseren Breiten sonst nicht zu beobachten pflegt. Es war ein Riesenhof, ein gewaltiger, scharf abgegrenzter Schattenkreis, der graulichrot in die helle Färbung des Gewölbes geschnitten war. Fast ein Drittel des gesamten sichtbaren Himmels dürfte dieser Mondschatten eingenommen haben. Unmäßig wurde der Schatten unbenutzt, bis er schließlich ganz verschwand. Nur die Astronomen konnten sofort genau, was los gewesen war. Es handelte sich um eine sogenannte Halo-Erscheinung.

Halo-Erscheinung

(vom griechischen „halos“, die runde Krone der Ring), die dadurch zustande kommt, daß oberhalb der Luftschicht die Feuchtigkeit übermäßig feucht ist, was zur Folge hat, daß eine starke Strahlenbrechung eintritt. Bei der Sonne kann man Erscheinungen dieser Art häufiger beobachten.

Amtlicher Teil.

Polizeiverordnung über die Polizeistunde.

Auf Grund des § 14 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (RGBl. I Seite 146), des Abschnitts 1 Nr. 3 der Preisverordnung vom 18. Juni 1930 zur Durchführung des Gaststättengesetzes (Preußische Gesetzammlung Seite 117), der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Preußische Gesetzammlung Seite 195), der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizeiverwaltung (Preußische Gesetzammlung S. 265) sowie der Artikel III und VIII der Verordnung über Vermögenssituation und Bußen vom 6. Februar 1924 (RGBl. I S. 44) wird nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes und mit Zustimmung des Provinzialrats für den Umfang der Provinz Sachsen folgendes verordnet:

§ 1. Für Gast-, Schank- und Speisewirtschaften aller Art sowie für Theater, Lichtspielvorführungen, Varietés, Kabarets und für alle Darbietungen, die eine Erlaubnis nach § 33a der Preisverordnung bedürfen, wird der Beginn der Polizeistunde allgemein auf 1 Uhr festgesetzt.

Für die Stillsetzung wird eine Polizeistunde nicht festgesetzt. Die Polizeistunde endet in allen Fällen um 6 Uhr.

§ 2. In den Stadtteilen Magdeburg und Halle a. S. beginnt die Polizeistunde in den Nächten vom Sonnabend zum Sonntag und vom ersten zum zweiten Weihnachtsfeiertage um 3 Uhr, in den Nächten vom Sonntag zum Montag, vom zweiten zum dritten Feiertage der drei großen Feste (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) und in der Nacht vom ersten zum zweiten Januar um 2 Uhr.

In diesen Stadtteilen kann die Ortspolizeibehörde nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes für eine beschränkte Zahl von schankwirtschaftlichen Betrieben den Beginn der Polizeistunde wiederum auf 3 Uhr festsetzen. Diese Betriebe dürfen ihre gesamten Räume nicht vor 15 Uhr öffnen.

In dem Stadtteile Erlurt beginnt die Polizeistunde in den Nächten vom Sonnabend zum Sonntag und vom ersten zum zweiten Weihnachtsfeiertage um 2 Uhr.

§ 3. Die Ortspolizeibehörde kann bei nachgewiesenem Bedürfnis

a) für einzelne Veranstaltungen b) aus besonderem Anlaß aus allgemein, jedoch nur vorübergehend,

den Beginn der Polizeistunde anderweit festsetzen.

In Kur- und Badeorten kann die Ortspolizeibehörde während der Sommer- und Winterferien den Beginn der Polizeistunde allgemein auf 2 Uhr festsetzen.

Die Ortspolizeibehörde hat vor jeder allgemeinen anderweitigen Festsetzung des Beginnes der Polizeistunde die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes zu hören.

§ 4. Die Ortspolizeibehörde kann bei nachgewiesenem, dringendem, öffentlichen Bedürfnis für einzelne Schank- und Speisewirtschaften das Ende der Polizeistunde auf einen früheren Zeitpunkt als 6 Uhr festsetzen, frühestens jedoch auf 4 Uhr.

§ 5. Für Jahrmärkte, Vergnügungsspartys, sogenannte Nummernplätze und Darbietungen, die eine Erlaubnis gemäß § 33b der Preisverordnung bedürfen, wird der Beginn der Polizeistunde allgemein auf 23 Uhr, in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf 23 Uhr, das Ende der Polizeistunde auf 8 Uhr festgesetzt.

§ 6. Die Ortspolizeibehörde kann, unbeschadet der Maßnahmen aus § 12 des Gaststättengesetzes, einen früheren Beginn oder ein späteres Ende der Polizeistunde festsetzen, wenn sich der Wert oder sein Stellvertreter in der Ausübung seines Gewerbes unzuverlässig erweist oder sich aus seiner Geschäftsführung Unzulänglichkeiten für die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ergeben.

Als Unzuverlässigkeit ist insbesondere die Nichtbeachtung der Polizeistunde, die Nichtumsetzung der Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeitnehmern anzusehen. Als Unzuverlässigkeit gilt ferner der Umstand, daß der Wert oder sein Stellvertreter es wiederholt nicht verhindert hat, daß in den Räumen des Betriebes Ausschreitungen stattfinden oder in ihnen Personen sich verhalten, die von dort zur Begehung strafbarer Handlungen oder zu gemeinlichen Abwechslungen ausstrahlen.

§ 7. Der Ausgang von Branntwein und der Kleinhandel mit Branntwein ist vor 8 Uhr in allen Betrieben, sowohl den in § 1 als auch in § 5 bezeichneten, verboten. Das Verbot tritt auch dann, falls das Branntwein in verschlossenen oder versiegelten Flaschen abgegeben wird.

Die Ortspolizeibehörde kann nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse für Destillationsbetriebe (Betriebe, in denen lediglich oder vorzugsweise Branntwein ausgearbeitet oder der Kleinhandel mit Branntwein betrieben wird) einen früheren Beginn der Polizeistunde, als in § 1 bestimmt, festsetzen.

§ 8. Die Ortspolizeibehörde hat die Einhaltung der Polizeistunde zu überwachen. In diesem Zweck können die Beamten der Polizei- und Sicherheitsdienste jederzeit alle Räume betreten, die der Polizeistunde unterliegen.

Die von der Ortspolizeibehörde ausgestellte Bescheinigung über die nach § 2 Absatz 2, § 3 und 4 anderweit festgesetzte Polizeistunde ist den im Absatz 1 genannten Beamten auf Verlangen vorzulegen.

§ 9. Wer als Gast in einer Schankwirtschaft, in Schankräumen einer Gastwirtschaft, in einer Speisewirtschaft oder an einem öffentlichen Vergnügungsort über die in den §§ 1, 2 oder 5 dieser Verordnung bestimmte oder auf Grund des § 2 Absatz 2, §§ 3, 4, 6 oder 7 Absatz 2 dieser Verordnung durch die Ortspolizeibehörde vorgeschriebene Polizeistunde hinaus in den Schankräumen oder an einem Vergnügungsort verweilt, wird gemäß § 29 Nr. 7 des Gaststättengesetzes mit Haft und mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer als Inhaber einer Gast- oder Schank- oder Speisewirtschaft oder eines öffentlichen Vergnügungsortes oder als Vertreter des Inhabers dabei, daß ein Gast über die auf Grund der §§ 1, 2 oder 5 dieser Verordnung bestimmte oder auf Grund des § 2 Absatz 2, §§ 3, 4, 6 oder 7 Absatz 2 dieser Verordnung durch die Ortspolizeibehörde vorgeschriebene Polizeistunde hinaus in den Schankräumen oder an einem Vergnügungsort verweilt, wird gemäß § 29 Nr. 7 des Gaststättengesetzes mit Haft und mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 10. Wer dem Verbot des § 7 zuwiderhandelt, wird gemäß § 29 Nr. 8 des Gaststättengesetzes mit Haft und mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 11. Im übrigen werden Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft, bestraft.

§ 12. Diese Polizeiverordnung tritt am 15. Dez. 1930 in Kraft. Sie tritt, sofern sie nicht vorher aufgehoben wird, am 31. Dezember 1940 außer Kraft.

Mit dem Inkrafttreten dieser Polizeiverordnung tritt die Polizeiverordnung vom 16. September 1930 über die Polizeistunde (Amtsblatt der Regierung Magdeburg Seite 203, Amtsblatt der Regierung Merseburg Seite 205, Amtsblatt der Regierung Erfurt Seite 129) außer Kraft.

Magdeburg, den 4. Dezember 1930.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen.

D. P. 14868 S. Dr. Fald.

Veröffentlicht.

Vorliegende Polizeiverordnung tritt an die im Amt. Verordnungsblatt 6. Jahrgang, Nr. 27 veröffentlichte Verordnung, Torgau, den 23. Dezember 1930.

Der Landrat. Wehr.

Veröffentlicht. Annaburg, den 3. Januar 1931.

Der Amtsvorsteher.

Verordnung über das Verbot des Ausschankes von Branntwein und des Kleinhandels mit Branntwein

für die Stunden vor 9 Uhr vormittags vom 25. November 1930.

Auf Grund des § 15 Satz 1 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (RGBl. I S. 146) wird für den Bereich des Landes Preußen folgendes verordnet:

§ 1. Der Ausgang von Branntwein und der Kleinhandel mit Branntwein ist in den Stunden vor 9 Uhr vormittags

verboten. Dieses Verbot gilt nicht für den Kleinhandel mit Branntwein in festverschlossenen, mit der Firma des Herstellers oder Händlers versehenen Flaschen.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen das Verbot des § 1 werden gemäß § 29 Ziffer 8 des Gaststättengesetzes mit Haft und mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Veröffentlichung in der Preussischen Gesetzammlung in Kraft.

Berlin, den 25. November 1930.

Der Preussische Minister des Innern. Seevering.

Veröffentlicht.

Das Verbot gilt nicht für den Kleinhandel mit Branntwein in fest verschlossenen, mit der Firma des Herstellers oder Händlers versehenen Flaschen. Für die Zeit vor Beginn der Polizeistunde bis 7 Uhr früh gilt § 14 Abs. 2 Satz 2 des Gaststättengesetzes vom 28. 4. 1930 (RGBl. I S. 146). Die W.D. tritt am 13. 12. 1930 in Kraft.

Die Ortspolizeibehörde erlaube ich, die beteiligten Gewerbetreibenden unverzüglich von der Anordnung in Kenntnis zu setzen und deren Innehaltung zu überwachen.

Torgau, den 11. Dezember 1930.

Der Landrat. Wehr.

Veröffentlicht. Annaburg, den 3. Januar 1931.

Der Amtsvorsteher.

Polizeiverordnung über das öffentliche Anschlagen, Anheften und Ausstellen von Plakaten vom 8. Dezbr. 1930.

Auf Grund des § 30 Abs. 2 des Preisgesetzes über die Preise vom 7. Mai 1874 (RGBl. S. 65), der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Preuß. Gesetzammlung S. 265) in Verbindung mit den §§ 137, 139 und 140 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Preuß. Gesetzammlung S. 195), der Artikel III und VIII der Verordnung über Vermögenssituation und Bußen vom 6. Februar 1924 (RGBl. I S. 44) wird unter Hinweis darauf, daß der Fall keine Aufsicht duldet und deshalb die Zustimmung des Provinzialrats nicht ausreicht, nachfolgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Das öffentliche Anschlagen, Anheften und Ausstellen von Plakaten, deren Inhalt den Rathschlag einer strafbaren Handlung erfüllt oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet, ist verboten.

Plakat im Sinne dieser Verordnung ist jede Druckschrift, die zur Verbreitung durch öffentliches Anschlagen, Ausstellen oder Auslegen bestimmt ist.

§ 2. Die Verwendung der roten Farbe für Plakate, die nicht amtliche Bekanntmachungen öffentlicher Behörden enthalten, ist verboten.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig RM., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 4. Plakate, die zu einer den Vorschriften der §§ 1 und 2 widersprechenden Verbreitung bestimmt sind, unterliegen der polizeilichen Sicherstellung; soweit eine solche Verbreitung stattgefunden hat, können sie polizeilich beseitigt werden.

§ 5. Die Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Sie tritt am 31. Dezember 1930 außer Kraft.

Magdeburg, den 8. Dezember 1930.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen. Dr. Fald.

Veröffentlicht.

Torgau, den 22. Dezember 1930.

Der Landrat. Wehr.

Veröffentlicht. Annaburg, den 3. Januar 1931.

Der Amtsvorsteher.

Saison- und Inventurausverkäufe.

Auf Grund des § 9 Abs. 2 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909 (RGBl. S. 499) bestimme ich hiermit, für die Regierungsbüro Merseburg nach Anhörung der zuständigen gesetzlichen Gewerbe- und Handelsvereinigungen folgendes:

1. Die Ziffern 2 und 3 meiner Bekanntmachung vom 5. Oktober 1910 (Mag.-Amtsbl. 1910 S. 334) erhalten folgende Fassung:

Ziffer 2. Die Saison- und Inventurausverkäufe finden auf die Zeit vom 6. Januar bis einschließlich 16. Februar und vom 1. Juli bis einsch. 11. August j. J. befristet.

Ziffer 3. Die Dauer der Inventur- und Saisonverkaufe darf zwei Wochen nicht überschreiten.

2. Die Bestimmungen treten sofort in Kraft. Die übrigen Bestimmungen meiner Bekanntmachung vom 5. Oktober 1910 bleiben auch weiterhin in Geltung.

Merseburg, den 13. Dezember 1930.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht!

Die Ortsbehörden erlaube ich um sofortige ortsübliche Bekanntgabe.

Torgau, den 20. Dezember 1930.

Der Landrat. Wehr.

Veröffentlicht. Annaburg, den 3. Januar 1931.

Der Amtsvorsteher.

Die Säuglings-Verwaltungs- und Wiegestunde findet am Dienstag, den 6. Januar 1931, von 15 bis 17 Uhr Markt 23, statt.

Die Fürsorgestelle.

Soziales und Provinzielles.

Der Eintritt in das neue Jahr wurde in der üblichen Weise begangen. Feiertlich hingen die Glöden vom Turme, das alte Jahr zu Grabe geliebt und das neue Jahr begrüßt. In den Sälen und verdieberten Lokalen vergnügte sich die Jugend bei Spiel und Tanz. Die meisten Einwohner feierten die Jahreswende nach altem Brauch im Saule. Mit Frohsein wurde vom alten Jahr geschieden, mit Frohsein ins neue Jahr eingetreten, in der Hoffnung, daß es viel Gutes bescheren möge.

Am 5. Januar wird Gerichtstag in Annaburg abgehalten.

Achtung Steuerarten! Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, seine Steuerkarte für 1931 bei Beginn des

Wird Dr. Curtius Ratsvorsitzender?

Über hat der Reichsaußenminister auf den Vorschlag im Völkervertrag verhandelt? Nach einer Berliner Meldung des 'Journal de Genève' hat Reichsaußenminister Dr. Curtius auf den Deutschen ausstehenden Vorschlag auf der Januartagung des Völkervertrages verzichtet und den englischen Außenminister Henderson ersucht, an seiner Stelle im Januar den Vorschlag im Völkervertrag zu übernehmen. Eine amtliche Bekräftigung des Beschlusses der deutschen Präsidentschaft auf der kommenden Januartagung liegt im Völkervertragsamt noch nicht vor. Da die Frage des Vorschlags im Völkervertrag zu irdigen Aufstellungen führen könnte, ist hier folgendes festgehalten: Nach den Bestimmungen des Völkervertrages handelt es sich bei der Behandlung der deutschen Beschwerden gegen Polen vor dem Völkervertrag keineswegs um ein Verfahren zwischen Deutschland und Polen, sondern lediglich um ein Klageverfahren gegen Polen vor dem Völkervertrag als solchem. Die deutschen Beschwerden sind demnach dem Völkervertrag als Klagegegenstand zu betrachten, vor dem sich Polen zu verantworten hat. Durch einen Vorschlag auf die deutsche Präsidentschaft darf unter keinen Umständen der Einbruch entstehen, als ob Deutschland sich in dem Klageverfahren neben Polen als Partei anfühle. Über die stehende Beschwerde gegen Polen hat der Völkervertrag in seiner Gesamtheit mit Einfluß des deutschen Ratsmitgliedes zu entscheiden.

Der Europäische Ausschuss.

Programm der am 16. Januar beginnenden Tagung. Das Sekretariat des Völkervertrages hat zur Vorbereitung der am 16. Januar beginnenden Tagung in Genéve des Europäischen Ausschusses sämtlichen im Ausschuss vertretenen europäischen Regierungen eine Denkschrift übermitteln, die in erster Linie einen europäischen Charakter tragen. Im allgemeinen nimmt man an, daß der Europäische Ausschuss auf der Januartagung, im wesentlichen deutschen Anregungen folgend, sich mit nachstehenden Fragen beschäftigen wird: 1. Bildung eines Büreaus; 2. Aufstellung eines allgemeinen Arbeitsprogramms; 3. die Zugewinnung der europäischen Nicht-Völkervertragsmitglieder (Sowjetrußland und der Türkei); 4. wirtschaftspolitische Fragen. Den Vorschlag auf der Januartagung des Europäischen Ausschusses führt Dr. Curtius Generalsekretär ist der stellvertretende französische Generalsekretär des Völkervertrages, A. Benoist.

Mussolini für Revision der Friedensverträge.

Was sein Bruder Arnaldo Mussolini über den Duce sagt. In einem Artikel seines 'Popolo d'Italia' fordert Arnaldo Mussolini Gerechtigkeit. Es ist Völkervertrag, deren eifrige Arbeit amier nicht unterdrückt wird, ganze Generationen müssen arbeiten, um die Kriegsschuld zu tilgen. In einer solchen Atmosphäre leben nicht die besten Teile aus, und der Kommunismus hat freies Spiel für seine Propaganda. In die Arbeit in normalen Zeiten schon eine Ausbeutung, so wird sie zu einer geradezu unerträglichen Ausbeutung, wenn es sich darum handelt, die Arbeit in den Werkstätten des ausständigen Kapitales zu stellen. In der Auffassung des Duce ist die Revision der Verträge nicht eine philosophische Idee, sondern eine historische Notwendigkeit. Sie liegt auf der Verneinung des Krieges gerichtet und entspricht keinem einzigen nationalen Interesse, sondern dem europäischen Interesse und dem Interesse der Welt.

Kampf für die zweite Republik.

Ein Aufruf der Radikal-Demokratischen Partei. Die Radikal-Demokratische Partei erklärt anlässlich des Jahreswechsels einen Aufruf, in dem sie den Kampf für die zweite Republik fordert. In dem Aufruf heißt es u. a.: Der Kampf für die zweite Republik, für die Republik des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit, kann nur dann mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn alle die für diese Republik zu kämpfen bereit sind, sich in bester Form zusammenfinden.

Ostoberschlesien durch die polnische Drille.

Was der polnische Innenminister festhielt. In dem Bericht des polnischen Innenministers in Ostoberschlesien meldet die 'Regierungsschau', es sei Elabotowski gelungen, die jüdischen deutschen 'Anmachens' über die polnischen Gewalttaten während der Wahlen zu demaskieren. Obwohl sich der Minister nur wenige Stunden in den Kreisen Wiesz und Wodzislaw aufhalten hat, soll er die Unrichtigkeit der deutschen Anschuldigungen festgestellt haben. Ein polnischer Polizeibeamter, dem man angeblich im Oktober verurteilt hat, erhielt vom Minister ein Weihnachtsgehalt von 500 Zloty, während die in Wodzislaw geschädigten Deutschen nur ausgingen. In Wodzislaw soll der Minister festgehalten haben, daß nur ein einziger Deutscher, der dazu noch bezahlter Agent ist und die dortige Bevölkerung aufgehetzt habe, verurteilt worden sei. Die übrigen Geschädigten seien keine Deutschen (?), da sie mit dem Minister polnisch gesprochen hätten. Der Deutsche Volksbund habe kein Recht, ihre Interessen zu vertreten.

Das vorliegende authentische Material läßt die Vorgänge in Ostoberschlesien in die erschreckend, daß alle Verhältnisse, unabhängig der Tatsachen unangenehm, zwecklos sein müssen.

Hoersch bei Briand.

Amliche Verkaufbarung. Der deutsche Völkervertrag von Hoersch, der in den Weihnachtsferien Gelegenheit hatte, mit dem Reichsaußenminister Curtius zusammenzutreffen und der von seinem letzten Urlaub nach Paris zurückgekehrt ist, hatte eine längere Unterhaltung mit dem französischen Außenminister Briand über stehende polnische Fragen. Wie von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, hat der deutsche Völkervertrag vor allem die Beschwerden zur Sprache gebracht, die die Reichsregierung dem Völkervertrag in der Frage der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien unterbreitet hat. Die Behandlung dieser Beschwerden in Genéve steht selbstverständlich auf schwebenden Füßen, von polnischer Seite. Es ist anzunehmen, daß Polen auch in diesem Fall die Unterstützung der französischen Regierung finden wird, wenn es die deutsche Forderung ablehnt und die Zurückweisung des deutschen Materials befiehlt. Schon jetzt handelt es sich daher darum, einen Weg zu finden, der es ermöglicht, einen Mißerfolg des deutschen Vorhabens zu vermeiden.

Neue Bande zwischen Deutschland und Oesterreich.

Die Handelsverträge vom österreichischen Völkervertrag genehmigt. Der Völkervertrag genehmigte den Handelsvertrag zwischen Österreich und dem Deutschen Reich, das deutsch-österreichischen Verträge über den kleinen Grenzverkehr und den deutsch-österreichischen Vertrag über die Reichsstraße in Jollischen. Namentlich sind endlich die handelspolitischen Verhandlungen zwischen den beiden Staaten umfassender als früher geregelt. Der Nationalrat genehmigte schließlich den deutsch-österreichischen Vertrag über die Sozialversicherung.

Die Deutschen an der Saar.

Der Vorsitzende der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, Bundesratsabgeordneter Schmeißer, sagt für die Saarländer: Das zu Ende gehende Jahr für die Saarländer ein Jahr der politischen Enttäuschung gewesen. Schmeißer weist nach auf die fast garbigen Tätigkeitsberichte der Regierungskommission hin, die die Verantwortliche im Saargebiet nicht richtig schildern. Dem Saargebiet könnte es viel besser gehen, wenn die Regierungskommission mehr mit der Bevölkerung zusammenarbeiten, wenn sie weniger die französischen Interessen den saarländischen vorantreiben würde. Und der Vorsitzende der Zentrumspartei des Saargebietes, Reichsamtmann Stegmann, schreibt: Unsere deutsche Treue ist unwandbar. Wir leben eine Autonomie als ein lebensunfähiges, der Korruption ausgeheftete Gebilde ab. Wir wollen zum deutschen Vaterland lieber heute als morgen.

Der Führer der Deutschnationalen. Geheimrat Dr. Hugenberg veröffentlichte einen Aufruf, in dem gesagt wird: 'Wie der 14. September 1930 gezeigt hat, begreifen heute wieder unpolitische Kreise des deutschen Volkes einseitig sein Glauben und der Nationalismus sein Werden ist. Aber nun muß eine sogenannte bürgerliche Regierung die Hand über den Nationalismus halten. Artikel 48 und alle sonstigen Kräfte der Verfassung sind dazu da, den natürlichen verfassungsmäßigen, gegen den Nationalismus gerichteten Lauf der Dinge zu hemmen. Das Volk des deutschen Volkes wird im des Nationalismus seinen Anteil nicht abgeben. Ungehore Vor, ungehore Nationalität und ungehore Spannung bemächtigt sich des deutschen Volkes.'

Aufruf Adolf Stillers. Das Haupt der Nationalsozialisten, Adolf Stiller, läßt einen Aufruf erscheinen, in dem die Nationalsozialisten zunächst aufgeführt werden, im Kampf gegen die Angriffe der Gegner eine ungetrennte Gemeinschaft zu bilden. Weiter verlangt Stiller von seinen Anhängern: 'Seht nicht mehr, treu hinter mir. Ich verlange von euch nichts Ungewöhnliches, fordere nichts, was euer Gewissen in Konflikt mit dem Gesetz bringt, verlange aber, daß ihr mit mir auf dem Wege, den das Gesetz gebietet und mit mein Gewissen und meine Ehrlichkeit vorsteht, in Treue folgt und euer Schicksal mit dem meinem verbindet. Dann wird nach zwölf Monaten der Weg zur deutschen Freiheit offen sein.'

Dr. Seld für das Zweitammersystem.

Zur habsche Ministerreform über die Reichsreform. Zum Jahreswechsel wendet sich der habsche Ministerpräsident Dr. Seld an das habsche Volk. Die habsche Regierung werde alle Kraft daran legen, die Not zu lindern. Zur Verhütung noch größeren Elends lie sie auch entschlossen, jeden Umsturzversuch im Reine zu ersticken, gefehlt, von welcher Seite er unternommen werden sollte. Die Mängel des Verfassungswesens stünden darin, daß die Reichsgewalt als solche einer hindernisreichen Grundlage entbehre, sie rufe also einseitig auf dem Reichsparlament. Dr. Seld fordert als Ersatzmittel für die Bildung einer starken Reichsgewalt die

Ersetzung des Reichstages zur gleichberechtigten zweiten gesetzgebenden Kammer nach dem Vorbild des Bundesrates, Gemäßleistung einer größeren Stimmkraft der Reichsregierung und Ausbau der verfassungsrechtlichen Machtwortkompetenzen des Reichspräsidenten. Die Verfassung dürfe nur in allererstennotwendigen Fällen geändert werden. Es sei demnach Aufgabe im kommenden Jahre und in der Zukunft, den Verfassungsversuchen der ersten Reichstag zu leisten.

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen.

Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung. In den Kreis der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 ist u. a. der bisherige Entwurf zu einem Gesetz über die Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen einbezogen worden. Die neuen Vorschriften treten am 2. Januar 1931 in Kraft. Der Minister für Volkswirtschaft hat als Anerkennungsbekanntmachung die Ministerpräsidenten, für Berlin den Oberpräsidenten in Berlin-Charlottenburg und für den Bezirk des Ruhrbezirksverbandes den Verbandspräsidenten in Essen bestimmt. Ferner ist von den zuständigen Ministern angeordnet worden, daß die zurzeit noch stehenden Anträge auf Bewilligung von Gebäuden- und Stempelsteuerbefreiung sowie Ausschüttung von Abschreibungen, soweit ihre Erledigung vor dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften nicht mehr möglich ist, der neuen Anerkennungsbekanntmachung zur Prüfung und Entscheidung auf Grund der neuen Vorschriften zugewiesen sind. Die neuen Stellen sind auch angeordnet, den Antragstellern von der Veränderung der Rechtslage Kenntnis zu geben. Weitere Anordnungen der obersten Landesbehörden sind vorbehalten worden.

Bestellungen auf die Annaburger Zeitung werden jederzeit entgegengenommen.

Hohenegg und seine beiden Frauen

Roman von Gert Rothberg. 22. Fortsetzung. Konstantine sah Joachim und Hanna an. 'Na, ihr nehmt es ja hübsch ruhig auf. Ich aber sage euch, die Schwiegermutter ist größer, wie ihr denkt.' Hannas Lippen zuckten. 'Ich begreife dich nicht, Tante Selma. Unerträglich ist dein Wesen. Wir müssen natürlich sofort Schritte tun, um eine neue Pflegerin zu beschaffen.' Konstantine wiegte den Kopf. 'Ich sehe Schwierigkeiten!' beharrte sie. 'Da fiel ihr Bild auf Joachim und sie sah, wie er nur mühsam seine Ruhe bewahrte. Da fuhr es ihr schreckhaft durch die Seele: Was war hier geschehen?' 'Du sagst gar nichts, Joachim, da weißt doch sehr mit Fräulein Kenner zufrieden?' fragte Hanna plöblich. 'Er hob den Kopf. Seine blauen Augen blickten sie finster an. 'Gewiß, Hanna, eine gewissenhaftere Pflegerin wird das Kind kaum finden. Wir tut ihr Fortgehen leid, sehr leid, doch ich ehre ihre Gründe.' Konstantine schweig. Ihr kamen sonderbare Gedanken. Es war ihr, als habe sie mit ihrer allzu großen Sorge um das Wohl ihrer Angehörigen einen schweren Fehler gemacht. 'Hätte sie die Augen lieber nach einer anderen Seite hin aufwenden sollen?' Schweigend verließ das weitere Frühstück. Joachim tritt dann sofort auf die Felder hinaus. 'Ruth, liebe Ruth, ich habe dich ja so lieb und dein Ansehen, der mir so wichtig gibt, dich besitzen zu können! Dagegen auf dem alten Esen, in der Ecke zusammengeschauert, sah Ruth. Auf die entsetzten Fragen gab sie immer wieder nur die eine Antwort: 'Frage mich nicht - ich kann euch nichts sagen.'

Nenners sahen sich auf das tiefe erschrecken an. So sehr sie sich auch Mühe gaben, aus Ruth etwas herauszubringen, es war vergebens. 'Was sollen die Leute denken,' jammerte die alte Dame. Am Nachmittag wurde Frau Kenner ruhiger. Der Bote brachte den Koffer vom Großherzog und das Zeugnis. Ein glänzendes Zeugnis. Scanture stand. 'Die Gründe des plötzlichen Fortgehens Fräulein Nenners sind uns unbekannt, doch wir ehren die Gründe, da sie nur ehrenwerter Natur sein können.' Konstantine und Hanna. 'Als Frau Kenner am Abend in der kleinen blühblauen Küche weckte, um das Abendbrot herzurichten, setzte sich der alte Herr neben Ruth. Mit diesem Druck nahm er ihre Hände in die seinen. 'Ruth, mir kommt du alles sagen! Warum gingst du fort?' Sie zuckte den Kopf. 'Da ließ der alte Herr ihre Hände fallen. Fast rauh hob er ihr Kinn in die Höhe, sah ihr in die Augen. 'Ruth, mühen wir uns deiner schämen?' Groß und klar traf ihn da der Blick. 'Nein, Großpapa, ich ging fort aus Hohenegg, weil ich mich nicht verlieren wollte.' Er atmete erleichtert auf. Nach einer Weile fragte er: 'Du liebst Herrn von Hohenegg?' 'Ja.' 'Er liebt dich wieder?' 'Ja.' 'Habt ihr euch das gegolgt?' 'Ja, Großpapa. Gestern Abend, und despaß ging ich.' 'Der alte Herr nicht ein paarmal mit dem Kopfe. 'Ich kann ihn nicht in gewisser Hinsicht verstehen. Aber daß er dich mit hineinziehen wollte in sein Schicksal, das war ungerührt von ihm.' Da brach es aus Ruth hervor: 'Großpapa, sage nichts gegen ihn. Ihn trifft keine Schuld - es war Bestimmung.'

Er schweig. Nach einer Weile fragte er ängstlich: 'Was meinst du, Ruth, was nun geschehen soll?' Ruth sah ihn bittend an. 'Ich muß euch verlassen, wenn mir auch darüber das Herz blutet. Doch es muß sein. Ich werde nach Berlin gehen, mich in Krankenpflege ausbilden lassen. Man lernt ja nie genug, und dann bin ich für das Leben gewappnet.' Er streichelte ihre Hände. 'Aber auf Besuch kommt du, so oft du kannst! Ruth, wir haben nichts auf der Welt als dich - tue es bei Großmama zullebe.' Ruth küßte die weite Greisenhand. 'Ich komme, so oft es irgend geht, Großpapa, nur hierbleiben kann ich jetzt nicht.' Ruth war fort, nach Berlin. Wochen waren bereits darüber hinweggegangen. Der Oberförstmeister besaß einen alten Freund in Charlottenburg und dort, in dem kleinen Saale mit den grünen Fensterläden und dem blickenden blühenden Garten wohnte nun Ruth. Noch war ihr Herz idelmund, noch riefen alle ihre Gedanken in unbeherrschter Sehnsucht Joachim Hohenegg. Von ferne burfte sie ihn lieben, an ihn denken. Sie dachte an seine Küsse, seine lieben Worte. 'Joachim,' sagte sie leise, 'wie gut, daß wir ohne Schuld aneinander denken können.' Einmal ging der alte Oberförstmeister durch den Wald. Auf einem stillen dunklen Wege traf er den Schlossherrn von Hohenegg. Sie grüßten sich und mochten ein paar freundliche Worte. Im Laufe des Gesprächs fiel plöblich von Joachim Lippen Ruths Name. 'Der alte Herr sah ihm fest und ruhig in die Augen. 'Ja, Herr von Hohenegg, ich weiß es.' Um Joachim ausdrucksvollen Mund zuckte es erregt. 'Und - wo - wo ist Ruth jetzt?' (Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Bognerstr. 3, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnorte 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig, Umhängezettel, Schmierzettel und tabellarischer Satz mit Aufschlag.

Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher eingelesen.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 1.

Sonnabend, den 3. Januar 1931.

34. Jahrg.

Hindenburgs Dank an die Wehrmacht.

Ein Neujahrserlaß des Reichspräsidenten.

An die Wehrmacht!

Am 1. Januar 1931 befehlt die Reichswehr ein Jahrzeit lang in der Form, die ihr der Vertrag von Versailles bestimmte. In Zeiten tiefer vaterländischer Not wurde sie unter meinem Amtsvorgänger geschaffen. Trotz aller ihr auferlegten Fesseln hat sich die Wehrmacht als Hort des äußeren und inneren Friedens, als eiserne Kammer des Reiches und als feste Stütze des Staats erwiesen. Das ihr zu treuen Händen übergebene Erbe der alten Armee und Marine hat sie gut verwaltet.

Ich danke der Wehrmacht für die Arbeit dieses Jahres und erblicke ihr meine herzlichsten Wünsche zum neuen Jahr. Möge sie weiterhin ihre Ehre darinsetzen, in Befolgung und treuer Pflichterfüllung dem Vaterlande zu dienen.

Berlin, den 31. Dezember 1930.

Der Reichspräsident

gez. von Hindenburg.

Der Reichswehramtswriter

gez. Gröner.

Neujahr beim Reichspräsidenten.

Reichsanzler an Hindenburg.

Der Reichsanzler, der sich zuerst in Badenweiler aufhält, hat an den Reichspräsidenten zum Jahreswechsel folgendes Telegramm gerichtet:

Zum Jahreswechsel darf ich Sie, hochgeachteter Herr Reichspräsident, bitten, meine ehrerbietigsten Glück- und Segenswünsche entgegenzunehmen. Ich weiß mich eins mit dem deutschen Volke, das Ihnen am Neujahrstage mit mir in Verehrung gedenkt. Möge es Ihnen vergönnt sein, auch im neuen Jahre als das Vorbild treuester Pflichterfüllung dem deutschen Volke in schwerer Zeit auf dem Wege zur Einheit und zum Aufbau voranzuführen.

Dr. Brüning, Reichsanzler.

Bürgermeister Scholz und Stadverordneter Fischer haben Ihnen im Namen der hiesigen Körperchaften Berlins dem Reichspräsidenten das nachstehende Telegramm gesandt: Dem Herrn Reichspräsidenten sprechen wir namens des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zum Jahreswechsel herzlichste Glückwünsche aus.

Die Empfänge.

Anlässlich des Neujahrstages fanden bei dem Reichspräsidenten die üblichen Empfänge statt. Um 10.45 Uhr zog die Wache mit Musik zum Hause des Reichspräsidenten, an dessen Portal der Reichspräsident die Meldung entgegennahm. Um 11.30 Uhr begann dann die Ansahrt des diplomatischen Korps. Die Chefs der beim Reich beurlaubten fremden diplomatischen Vertretungen verammelten sich in dem großen Saal des Reichspräsidentenbundes. Um 12 Uhr traf der Reichspräsident mit seiner Begleitung ein und begab sich in die Mitte des Saales. Der Mostattische

Ruminis Monsignor Orsenigo

brachte als Donen des Diplomatischen Korps dessen Glückwünsche in einer Ansprache zum Ausdruck. Im wesentlichen lagte er:

Mit ganz besonderer Genugtuung darf ich zum ersten Male die ehrenvolle Aufgabe erfüllen, Ihnen, Herr Reichspräsident, die Neujahrswünsche des beim Deutschen Reich beurlaubten Diplomatischen Korps auszusprechen. Es ist mir ein Vergnügen, in meiner Eigenschaft als Donen des Diplomatischen Korps ein treuer Zeuge zu sein aller euren Wünsche der Wohlfahrt und des Gedeihens, die meine erlauchten Kollegen heute für Ihre Person und für die deutsche Nation hegen. Die Worgende dieses neuen Jahres ist leider nicht ohne Trübnis. Der Fortschritt des internationalen Lebens bleibt noch immer düster; Millionen von kräftigen und arbeitswilligen Armeen sind gezwungen, unartig und unfruchtbar zu bleiben, und wir beobachten mit großer Genugtuung den Geist der Bestimmung und die Großherzigkeit der Anstrengungen, mit denen Deutschland, um Euro-Ergebnis gebracht, sich in diesen schweren Augenblicken bemüht, die wirtschaftliche Krise, die das Land bedrängt, zu überwinden. Ohne die volle und aufrichtige Eintracht der Nationen ist es nicht möglich, eine wirkliche wirtschaftliche Wiederaufbauung der Völker herbeizuführen. Möge es Gott gefallen, daß diese tief erleuchteten und schon oft in Aussicht gestellten nobilitätlichen Wirken im Laufe dieses Jahres zur Tatlage werden zum Gedeihen Deutschlands und zur Wohlfahrt der ganzen Menschheit.

Hindenburgs Antwort.

Der Reichspräsident antwortete hierauf mit folgenden Worten:

Herr Ruminis! Es ist für mich eine besondere Freude, von Ihnen zum erkennen in Ihrer Eigenschaft als Donen die Wünsche des Diplomatischen Korps für die Wohlfahrt und das Gedeihen des deutschen Volkes entgegenzunehmen zu können. Für diese in so herzlicher Form herbeigekommenen Wünsche und auch für die meine Person gemachten freundlichen Worte lade ich Ihnen aufrichtigen Dank.

Sie haben auf die schwere wirtschaftliche Krise hingewiesen, unter der heute fast die ganze Welt leidet. In diesemplenden Jahre ein tiefes und gesammeltes Bewußtsein, die beste produktive Kräfte fast aller Staaten zu ungewohnter Intensivität vereint und bittete für Millionen unserer Mitmenschen im Gefolge hat. Mit besonderer Wucht treffen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise das deutsche Volk. Wie Sie, Herr Ruminis, hervorheben, hat Deutschland seine äußerste Kraft eingesetzt, um die Grundlagen seiner Existenz zu sichern. Aber unsere Hoffnung auf eine dauernd wirksame Besserung der Lage ist auch von Umständen abhängig, über die wir nicht allein Herr sind. Wir steigende Spannung erwartet das deutsche Volk, daß die internationale Zusammenarbeit

sich im kommenden Jahre als wirksam genug erweist, um das deutsche Volk vor weiteren schmerzlichen Enttäuschungen zu bewahren. Der Ausweg, der unseren Interessen dienlich, die allenfalls das politische, wirtschaftliche und soziale Schicksal der Völker bedrohen, kann nicht in Vereinigung vollzogen werden. Zusammenbruch aller, Zusammenfassung aller positiven Kräfte zur Überwindung der Krise, zur Befreiung der Völker, für den Fortschritt der Menschheit, ist die große Friedensaufgabe, an der Deutschland mitzuwirken entschlossen ist. Wenn wir uns im neuen Jahr den Weg hierzu bahnen, dann wird das Jahr ein fruchtbares und gesammeltes gewesen sein. Dieser Hoffnung, in der ich mich mit Ihnen allen und Ihren Vorkämpfern zu wissen glaube, möchte ich am heutigen Tage Ausdruck geben. Ihnen aber, Herr Ruminis, sowie Ihnen, meine Herren, zugleich für Ihre Landsverehrungen, Regierungen und Völker spreche ich im Namen des deutschen Volkes und in meinem eigenen Namen meine aufrichtigsten und herzlichsten Neujahrswünsche aus.

Nach dem Austausch der Ansprachen begrüßte der Reichspräsident die einzelnen Vorkämpfer, Soldaten und Geschäftsträger und wechselte mit ihnen Neujahrswünsche. An dem Empfang nahmen der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius, Staatssekretär Dr. Wagner und die übrigen Herren der Umgebung des Reichspräsidenten teil. Der Reichspräsident, Graf von Zattenberg, teilte

Der Empfang der Reichsregierung.

Um 12.30 Uhr fand der Empfang der Reichsregierung im großen Saal des Reichspräsidenten. In Vertretung des beurlaubten Reichsstaatskanzlers namens der erschienenen Reichsminister und Staatssekretäre des Reiches Reichswehramtswriter Dr. e. h. Dr. Gröner, der Reichspräsidenten in seiner Eigenschaft als Donen der ehrenbeteiligten und herzlichsten Glückwünsche der Regierung und sagte weiter, mit der Regierung das gesamte deutsche Volk in dem Wunsch, daß sie im neuen Jahre auch in diesem Jahre Gedeihen und Wohlstand finden möge. Gröner fuhr fort: Das Jahr brachte uns die schicksalsschwere Beendigung Verhandlungen mit den Abmachungen über den Plan. Wir mußten uns trotz schwerer Bedenkensnahme dieser Regelung entschließen, weil sie eine Herabsetzung unserer Zahlungen mit sich brachte, ausländischen Kontrollen über Deutschland bestellte, weil sie zur Befreiung des Rheinlandes führte.

Seither hat sich jedoch in der gesamten Weltlage eine so tiefgehende Wandlung vollzogen, daß die Regierung vor die erste Frage gestellt ist, ob das deutsche Volk dem neuen Plan vorgezeichneten Zustimmung. Die Reichsregierung ist sich ihrer Pflicht bewußt, das deutsche Volk und die Wohlfahrt des deutschen Volkes nicht erschüttert werden.

Die berechtigten Klagen und Beschwerden der Mitmenschen haben in unserer Eigenschaft eine Wiederherstellung gefunden. Die Reichsregierung teilt mit, daß die Empfindungen und wird in der Sorge für das Volkstum jenseits unserer Grenzen eine ihrer wichtigsten Aufgaben sehen.

Schwer empfindet es das deutsche Volk, daß der Gleichberechtigung, auf die unser Volk einen selbstverständlichen Anspruch hat, noch nicht gewährleistet ist. Doch immer ist die feierlich übernommene Verpflichtung auf Erfüllung durch die andere Mächte nicht die Wirklichkeit umgesetzt, und noch immer muß sich Deutschland in seiner Sicherheit bedroht fühlen.

Nach über wird es Aufgabe der Reichsregierung sein, die ich gerade in meiner Eigenschaft als Reichspräsident zu unterzeichnen die Pflicht habe, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß der Grundgedanke gleicher Sicherheit für alle Völker, ohne den eine wahre Befreiung unmöglich ist, sich durchsetzt. Dann vertritt die Reichsregierung über die innere Lage und kann zu dem Schluß kommen, daß trotz aller Gefahren und trotz aller Sorgen sich der Lebenslauf des

deutschen Volkes ungebrochen behauptet. Er gibt uns das Recht, zuverlässig für eine Zukunft zu hoffen, in der das Reich in friedlicher Arbeit wieder frei und unabhängig den ihm gebührenden Platz unter den Nationen der Erde einnimmt!

Reichspräsident von Hindenburg

antwortete mit Dankworten und einem Hinblick auf die Sorgen des vergangenen Jahres. Er sagte: Von den Wünschen, mit denen wir hier vor einem Jahr diese Tag begrüßt haben, hat sich nur der eine erfüllt: Dem befehligen Gebot ist die lang-ersehnte Freiheit von fremder Besatzung wiedergegeben worden. Wir begrüßen die Währungsreform als einen Fortschritt auf dem Wege zum wahren Frieden und hoffen, daß bald auch das Saargebiet der von der gesamten Bevölkerung dort heftig gewünschte Tag der Wiedereingliederung mit dem Vaterland beschließen sei.

Ich habe es für die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung, sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß die politischen und sozialen Lebensbedingungen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden. Mit ihnen bin ich ferner der Ansicht, daß die Durchführung der

Allgemeinen Abrüstung

nicht nur ein Gebot internationaler Gerechtigkeit Deutschlands gegenüber, sondern auch das sicherste Mittel zu einer wirksamen Befreiung der Welt ist und daher mit allen Kräften angestrebt werden muß.

Zunehmend ist unsere größte Sorge die Arbeitslosigkeit, die so viele arbeitwillige Hände zur Untätigkeit zwingt. Zu dieser Sorge kommt noch die Not der Landwirtschaft, besonders im Osten unseres Vaterlandes. Dem unabweislich fühlenden Schaden Wiederaufbauung zu schaffen und dem deutschen Landwirt seine Existenzmöglichkeit zu erhalten, wird uns dem Gebot der inneren Politik unsere erste Aufgabe sein. Ich bin mit Ihnen überzeugt, daß die in den letzten Monaten von uns gemeinsam begonnenen finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen diese Ziele Grundlage geben, auf der wir unseren Kampf gegen die wirtschaftliche Not entschlossen weiterführen wollen.

Vor einem Jahre habe ich an dieser Stelle der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Geist der Einheit im deutschen Volke sich festigen und zum Zusammenfluß aller schaffenden Kräfte führen möge. Dieser Wunsch hat sich leider nicht erfüllt. Vor Gegenwart will es scheinen, als ob die harte Sorge um das Einzelgeschick des Schicksals an das Gesamtgeschick Deutschlands und die Zukunft unseres Vaterlandes zurückdrängt und neue Gegenstände geschaffen hat. Verfehltheit der Anschauungen und der persönlichen Interessen wird und muß sein; aber es ist nicht nötig, daß diese Verfehltheit zu einem politischen Kampf führt, der das deutsche Volk zerschneidet und damit in der Welt den Not und Gefahren zu einem einmündigen, in der Welt nicht zu trennenden und das Trennende

in den Lebensfragen Vaterlandes, der gemeinsames Schicksal bestimmen müssen uns nur mehr auf uns selbst aus dem Durchdringen der eigenen Interessen den gemeinsamen Streit um politische Ziele müssen wir uns erprobter Arbeit für das

Reichspräsident nochmals auf die wichtige Grundfrage für Wiedereinigung begrüßt darauf die einzelnen

Empfänge.

Der Reichspräsident den Reichstags eine Würdigung des Reichspräsidenten Reichswehramtswriter Gröner, der für den beurlaubten Chef der Reichsregierung, Admiral in Glückwünsche für die Hauptleistung u. e. Generaldirektor Reichsamtverwaltungen Reichs-

Reichspräsidenten hatte sich eine Sammlung. Der Reichspräsident die hiesigen Behörden begrüßt, der Reichspräsident mit dem Reichsamtverwaltungen Reichswehramtswriter Gröner und dem Reichspräsidenten Glückwünsche aus-

Hoffnungen für 1931.

Wünsche zum Beginn. Zum 1. Januar 1931 haben sowohl allgemeine wie politische Vereinigungen wie auch Einzelpersonen ihre Wünsche und Wünsche für das kommende Jahr öffentlich bekanntgegeben. Es kommt darin das volle Verständnis für die überaus schwierige Lage, in der sich das wirtschaftliche und politische Leben des Reiches befindet, zum Ausdruck, ohne daß in diesem Hoffungs- und Bestimmungsbuch der Überhand gewinnt. Durchweg wird die Treue zum deut-

